

## Freie Demokraten Fraktion im Stadtrat Rottweil

Geschäftsstelle  
Hochbrücktorstr. 14, 78628 Rottweil  
Tel.(RW): +49 741 9424-5020  
Mail: [info@fdp-rottweil.de](mailto:info@fdp-rottweil.de)  
Facebook: [www.facebook.com/FreieDemokratenRW](https://www.facebook.com/FreieDemokratenRW)



### Änderungsantrag BV „Beteiligung am Bündnis „Sicherer Hafen“ (Vorlage 143/2020/1)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit beantragt die Fraktion der FDP den Beschlussvorschlag aus o.g. Vorlage neu zu fassen.

Ersetze Ziffer 2. des Beschlussvorschlags durch:

2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, an die Bundesregierung und an die Landesregierung ein Schreiben zu verfassen, mit einer Erklärung für die grundsätzliche Bereitschaft der Stadt Rottweil für eine kommunale Flüchtlingsaufnahme zusätzlich zu den gesetzlichen Verteilungsquoten aus einem Bundes- oder Landeskontingent bereit zu stehen. Die Verwaltung wird beauftragt, ggf. mit dem Land Gespräche aufzunehmen, um die konkrete Zusammenarbeit hinsichtlich der Umsetzung der Aufnahme abzustimmen.

Füge ein neue Ziffer 3.:

3. Über die Zahl der zusätzlich aufzunehmenden Personen entscheidet der Gemeinderat im konkreten Fall bevor die Stadtverwaltung entsprechende Angebote macht.

### B e g r ü n d u n g

Die bisherige Formulierung ersucht die Schaffung einer Rechtsgrundlage, die bereits vorliegt. Es ist daher aus Sicht der Antragsteller nicht zielführend und darüber hinaus nicht angebracht, wenn die Stadt Rottweil in einem Schreiben etwas fordert, was bereits praktiziert werden kann.

Dennoch stimmen die Antragsteller der Intention des Beschlussvorschlags zu, eine Aufnahme zusätzlich zum Verteilungsschlüssel im Rahmen eines Kontingents anzubieten. Mit einem Schreiben an die Bundes- und die Landesregierung signalisiert die Stadt Rottweil ihre grundsätzliche Bereitschaft freiwillig mehr Geflüchtete aufzunehmen, sofern die Bundesrepublik Deutschland oder das Land Baden-Württemberg eine kontingentierte Aufnahme außerhalb der üblichen europäischen Verteilungsmechanismen vornimmt.

Aus Sicht der Antragsteller kommt der Gemeinderat damit dem mehrheitlichen Wunsch des Gremiums nach, sich solidarisch zu zeigen und auch ggf. konkret mitzuwirken.

Der Gemeinderat erhält in Ziffer 3. die Hoheit über die Anzahl der aufzunehmenden Personen bevor die Stadtverwaltung konkrete Angebote in Richtung der Regierungen macht.

Freundlichen Grüßen

Dr. Gerlich, Dr. Aden, Karrais FDP